

Antrag Nr. 0043/2008/AN
Antragsteller: SPD-Fraktion
Antragsdatum: 01.07.2008

Stadt Heidelberg
Dezernat IV, Bürgeramt

Bürgerbefragung zur Sicherheitslage in Heidelberg

Antrag

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Beratungsergebnis	Handzeichen
Gemeinderat	23.07.2008	Ö		
Jugendgemeinderat	22.10.2008	Ö		
Ausländerrat/Migrationsrat	06.11.2008	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	13.11.2008	Ö		
Gemeinderat	25.11.2008	Ö		

Der Antrag befindet sich auf den Seiten 3.1 f

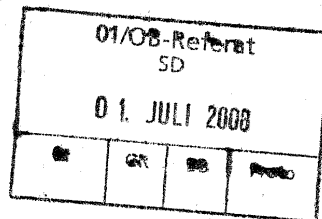


Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Bergheimer Str. 88, 69115 Heidelberg

Oberbürgermeister
der Stadt Heidelberg
Herrn Dr. Würzner
- Rathaus -

69117 Heidelberg



Werner Brants
Karl Emer
Roger Schladitz
Reiner Nilmis
Thomas Kroczal
Michael Rochlitz
Dr. Anke Schuster
Imtraud Spinnler
Lore Vogel
Dr. Karin Werner-Jensen

Bergheimer Str. 88
69115 Heidelberg
Telefon 06221-166767
Telefax 06221-619808
e-mail:
SPD-Fraktion-heidelberg@t-online.de

Datum: 23.06.2008...

Sehr geehrte Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates beantragen wir gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

„Bürgerbefragung zur Sicherheitslage in Heidelberg

Zu dem TOP sollten

Prof. Dr. Hermann von der Universität Heidelberg, Institut für Kriminologie und
Ltd. Kriminaldirektor Fuchs von der Polizeidirektion Heidelberg
zugezogen werden.

- Bericht der Verwaltung
- Diskussion und Aussprache

Begründung:

Seit 1997 werden im Bereich der Polizeidirektion Heidelberg Bürgerbefragungen zur Sicherheitslage durchgeführt. Bisher in Schwetzingen, Wiesloch, Hockenheim, Eppelheim Leimen und Weinheim. Wiederholungsbefragungen konnten in Schwetzingen, Wiesloch (zeitgleich mit Walldorf) und Hockenheim (zeitgleich in der gesamten Verwaltungsgemeinschaft) realisiert werden. Im Oktober 2008 wird in Sinsheim (mit Angelbachtal und Zuzenhausen) auch im letzten Mittelzentrum des Rhein-Neckar-Kreises die Befragung durchgeführt.

Nutzen von Bürgerbefragungen:

- Neben der registrierten Kriminalität, die über die Polizeiliche Kriminalstatistik abgebildet wird, besteht weitgehend Unkenntnis, über die Dimension der Kriminalitätsfurcht, der „gefühlten Unsicherheit“. (Beispiel in HD: „Angstrastudie“)
- Eine Bürgerbefragung ist ein Baustein der Bürgerbeteiligung in der Kommunalen Kriminalprävention und ist ein Beitrag zur Imageverbesserung der Stadt.
- Menschen fühlen sich ernst genommen und registrieren bewusst die Netzwerkarbeit in der Stadt.

- Gerade in Zeiten knapper Kassen sind eine Bürgerbefragung, bzw. deren Ergebnisse, ein wichtiges strategisches Steuerungsinstrument, auch im Sinne eines Finanzcontrollings.
- Präventionsprogramme, Projekte und Maßnahmen können gezielt, auch an den Bedürfnissen der Bewohner/innen ausgerichtet werden.
- Eine kriminalpräventive Zielgruppenanalyse wird aufgrund definierter Lebensstilgruppen ermöglicht.
- Über Zusatzfragen, kann beispielsweise die Einschätzung der Lebensqualität erfragt werden.
- Weitere Fragen sind möglich (Bekanntheitsgrad von Präventionsprojekten etc.)
- Präventionsschwerpunktprojekte (Sicherheitswochen) können an den Befragungsergebnissen ausgerichtet werden.

In den o. g. Kommunen wurden die Befragungen methodisch wie folgt durchgeführt:

- Die fachliche Leitung und Begutachtung liegt bei Prof. Dr. Hermann von der Universität Heidelberg, Institut für Kriminologie.
- es werden 5000 Personen zwischen 14 und 70 Jahren aus dem Melderegister ausgewählt.
- Der standardisierte Fragebogen (Vergleichbarkeit) wird mit einem Anschreiben des Bürgermeisters und des Leiters der Polizeidirektion verschickt.
- Die Befragung wird durch eine umfangreiche Presseberichterstattung begleitet.

Bisherige Erfahrungen waren:

- Eine Bürgerbefragung wurde in der Kommune durchweg positiv gesehen.
- Insbesondere die Befunde der Wiederholungsbefragungen belegen, dass sich die Kriminalitätsfurcht deutlich reduziert hat.
- In Schwetzingen konnte nachgewiesen werden, dass die gemeinsamen Anstrengungen von Stadt und Polizei sehr deutlich wahrgenommen werden und die initiierten Projekte als gut eingestuft wurden.
- Konkrete Projekte können anhand der Ergebnisse entwickelt werden. Beispielsweise in Wiesloch (Projekt „Come together“).
- Im regionalen Netzwerk der kommunalen Kriminalprävention (Prävention Rhein-Neckar e.V.) wird auf die Ergebnisse reagiert und Programme und Maßnahmen angepasst oder neu entwickelt.

Es ist zu erwarten, dass eine Bürgerbefragung in Heidelberg in Ergänzung zu den bisherigen Wissenstand weitere wertvolle Erkenntnisse bringen wird, sie bei vielen Planungen, Projekten, usw. einfließen könnten.

Um notwendige Mittel (rd. 20 – 30 Tsd. €) im kommenden Haushalt bereitzustellen wäre eine Beratung nach der Sommerpause sinnvoll.

Die notwendigen Unterschriften sind als Anlage beigelegt.

gez. SPD-Fraktion